

Staatliche Regelungswut und „Nulltoleranz“

Rainer Kluge über den verständlichen Wunsch nach Sicherheit und was daraus gemacht wird – am Beispiel BSE.

Das Streben nach Sicherheit und Vorsorge ist ein verständlicher Wunsch der Bürger, die sich schon von alters her gegen Lebensrisiken aller Art schützen wollen. Unter den Bedingungen einer weitgehend gesicherten, häufig schon saturierten Lebensweise, wie wir sie heute in unserer entwickelten Demokratie verwirklicht haben, hat dieses Sicherheitsbedürfnis sogar noch zugenommen und mündet nicht selten in irrationale Rufe nach absoluter Sicherheit. Ohne Frage ist es Aufgabe des Staates, dem Schutzbedürfnis seiner Bürger mit Gesetzen und Standards zu dienen. Immer häufiger beugt er sich dabei jedoch dem Druck der Medienöffentlichkeit, den vor allem Aktivisten aller Art, Verbände wie Greenpeace, BUND und andere, gezielt aufbauen. Diese fühlen sich berufen, sind mit diesem Anspruch stets gleich im Interesse der gesamten Menschheit tätig und nur ihr und dem Schutz unserer Umwelt verpflichtet. Dabei häufen sich Fälle, in denen Einzelne oder Gruppen von Aktivisten glauben, uns aufgrund ihrer – wie sie meinen – tieferen, ja fundamentalen Einsicht in die Natur der Dinge „überzeugen“ zu müssen.

Solange solchen Aktivitäten sachliche und objektive Fakten zugrunde liegen, ist dagegen nichts zu sagen. Positiv ist unverkennbar die Sensibilisierung breiter Bevölkerungskreise für Fragen des Umweltschutzes, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten stattgefunden hat. Die betont missionarische Einstellung führte jedoch verstärkt zu Alarmismus und Panikmache, zu einer angeheizten Atmosphäre, in der die sachliche Diskussion mit Andersdenkenden nicht mehr vorgesehen ist und durch ideologische Glaubenssätze und Postulate ersetzt wird. Mit oft maßlosen Übertreibungen von Gefährdungsszenarien wird den Bürgern periodisch Angst und Schrecken eingejagt, ohne dass dazu ausreichende, wissenschaftlich belastbare Beweise vorgelegt werden. Die pure Behauptung schlimmer Folgen für uns und unsere Mutter Erde reicht zumeist aus, um

die Öffentlichkeit zu einem vielstimmigen Aufschrei zu veranlassen. Leider müssen Umweltaktivisten nicht persönlich für ihre Prognosen und Forderungen haften. Dann sähe es oft anders aus. Manche dieser Aktivitäten zeigen inzwischen Züge eines Ökofundamentalismus, der von Kompromissen und von Ausgewogenheit nichts mehr wissen will. Damit nähern wir uns – vereinzelt jedenfalls – Methoden einer Diktatur, die unter dem Deckmantel, der Wahrheit zu dienen, andere Meinungen mit allen Mitteln bekämpft.

„Nullrisiko“ statt Abwägung – zur Bewältigung von Risiken tauglich?

Nulltoleranz ist ein beliebtes, gerade von der Politik gern gebrauchtes Schlagwort, mit dem eine unnachgiebige, keinerlei Risiken mehr duldende Haltung demonstriert wird. In den vergangenen zwei Jahrzehnten wurden zum Schutz von Umwelt und Verbrauchern zunehmend davon geprägte Gesetze durchgesetzt, die von abwägenden und wirtschaftlich praktikablen Kompromissen oft weit entfernt sind. Ursache dafür sind Postulate wie „Nullrisiko“ bzw. „Nulltoleranz“, die fälschlich davon ausgehen, dass es stets Ziel sein müsse, eine totale, 100-prozentige Sicherheit zu gewährleisten, ohne zu hinterfragen, ob das im Einzelfall überhaupt nötig ist.

Diese Postulate negieren, dass es in unserer hoch entwickelten Lebenswelt darum gehen muss, ausgewogene Entscheidungen zu treffen, die Belange unserer Wirtschaft mit Anforderungen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes optimal verknüpfen. Unter diesen Bedingungen sind wissenschaftlich fundierte Abwägungen zwischen Vorteilswirkungen und Risiken, die auch ein tolerierbares Restrisiko zulassen, zwingend notwendig. Maximalforderungen nach „Nullrisiko“ bzw. „Nulltoleranz“ sind dagegen im Regelfall unver-